
FDP Neu-Isenburg

MITEINANDER STATT AUTOHASS UND AUSGRENZUNG!

12.06.2020

FREIE DEMOKRATEN SIND ENTSETZT ÜBER DIE NEUERLICHEN IDEEN DER AG VERKEHRSWENDE

Die AG Verkehrswende – oder sollte man eher sagen die AG Diskriminierung – macht nun keinen Hehl mehr aus ihrem Hass gegen Autofahrer.

„Mit ihrer Forderung zur flächendeckenden, kostenpflichtigen Einführung von Anwohnerparken in Neu-Isenburg, flankiert von dem Ziel Zweitwagen abzuschaffen und die Bürger „jeden Morgen aufs Fahrrad“ steigen zu lassen, zeigt sie nun ihr wahres ideologisches Gesicht. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“ so der Fraktionsvorsitzende Thilo Seipel. „Nicht nur dass durch eine flächendeckende Einführung für Ortsfremde kein Parkplatz mehr zu finden wäre, es wäre auch in höchstem Maße unsozial,“ so der Fraktionsvorsitzende Thilo Seipel. „Anwohnerparkgebühren treffen immer nur den berühmten „kleinen Mann“, einen wohlhabenden Autobesitzer mit mehreren Fahrzeugen und eigenem Grundstück wird man damit kaum beeindrucken können“ so Seipel weiter. „wenn das das Politikverständnis der AG Verkehrswende ist, dann wird mir angst und bange“.

Pressesprecherin Susann Guber ergänzt: „Den Autobesitzer als finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt zu diffamieren offenbart die Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge. Neu-Isenburg ist eine wohlhabende Gemeinde, gerade weil sie viel Verkehr hat. Unternehmen siedeln sich aufgrund der leistungsfähigen, verkehrlichen Infrastruktur für alle Verkehrsträger in Neu-Isenburg an. Hier werden unsere Einnahmen generiert.“

Vollkommen absurd finden die Liberalen daher das Ansinnen, die corona-bedingten

Einnahmeausfälle der Stadt von voraussichtlich rund 30 Mio. EUR durch Anwohnerparkgebühren auffangen zu wollen.

„Darüber hinaus ist das Auto für viele unverzichtbar. Sei es als Fortbewegungsmittel zur Arbeit oder als Hilfsmittel für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, es ist darüber hinaus auch ein Ausdruck individueller Freiheit. Freiheit, für die wir uns als FDP einsetzen“ so Guber weiter.

Seipel appelliert abschließend an die Rathausspitze: „Herr Hunkel, Herr Schmitt, lassen Sie sich nicht von diesen ideologischen und bürgerfeindlichen Forderungen beeindrucken! Hände weg von der flächendeckenden Bepreisung! Mit der FDP – ob nun als Koalitionspartner im Parlament oder mit einem eigenen Bürgermeister – wird es diese auto- und bürgerfeindliche Politik nicht geben“.